

Dresdner Nachrichten

Begründet 1856

Verlagsort: Dresden.
Verlagsnummer 25 241
Für den Abdruck: 20011.

Bezugs-Gebühr bei täglicher Zustellung in Dresden oder durch die Post monatlich M. 3,00, Einzelnummer M. 25,-, Sonntagsausgabe M. 30,-.
Die tägliche Nummer kostet hier M. 30,-, außerhalb Sachsens M. 35,-. Familienabonnements sind ebenfalls unter Begleichung jedes weiteren Halbes M. 25,-, Bezugsgebühren laut Tarif. Zusätzliche Beiträge gegen Vorauszahlung.

Schriftleitung und Anzeigenverwaltung
Marienstraße 38/40.
Druck u. Verlag von "Erich & Reichardt" in Dresden.
Verlags-Nr. 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit drucklicher Genehmigung („Dresdner Nachr.“) zulässig. — Unverlangte Schriftstücke werden nicht erbrochen.

Senking-Sparherde
Für Kleinwohnungen, Herrschaftshäuser und Großbetriebe, unübertroffen in Leistung und Haltbarkeit bei beilegender Kohlenersparnis.
Alleinstverkauf:
Chr. Garms Inh.: W. Eckardt Gr. Zwingerstr. 13
Fernsprecher: 10202 Nähe Postplatz.

Leinenhaus **F. A. Horn** Ferdinandstr. 3
Daunendecken — Steppdecken
Bett-Wäsche — Leib-Wäsche — Tisch-Wäsche
Lieferung vollständiger Ausstattungen in kürzester Zeit

Bücher-Bibliotheken
Kupferstiche, Handzeichnungen, auch große Objekte, kauft
Buchhandlung v. Zahn & Jaensch
Weissenhausstraße 10, neben dem Central-Theater

Hast Du Augengläser nötig, gehe zu Gebrüder Roettig, Dresden-U. Prager Straße 23

Dr. Cunos Bekenntnis zum deutschen Rheinland.

Der Kanzler an die Berliner Presse.

(Wiedergabe einer Berliner Schriftleitung.)
Berlin, 3. Dez. In Gegenwart des Reichspräsidenten, des Reichstagspräsidenten, der meisten Mitglieder des Kabinetts, der Spitzen der staatlichen und städtischen Behörden hielt heute der Verein Berliner Presse seinen diesjährigen Empfang im Reichstag ab, dabei hielt

Reichskanzler Cuno

eine Rede, in der er zunächst dem Verein für die Gelegenheit dankte, Worte an die Presse und an das deutsche Volk richten zu können. Drei Faktoren seien für die Zukunft in gemeinsamer Arbeit zu verbinden: Presse, Regierung und Parlament. Alle drei hätten ein gemeinsames Ziel, trotz Verschiedenheit der Wege. Das gemeinsame Ziel müsse aber auf dasselbe Ziel gerichtet und die Presse müsse gleichsam die Grundlage sein für die Entschlüsse des Parlamentes und der Regierung, da Parlament und Regierung nur bestehen könnten, wenn sie sich mit der großen Mehrheit des Volkes in Uebereinstimmung stellten. Die Presse müsse das Bindeglied zwischen Volk, Parlament und Regierung sein.

Auf das politische Gebiet übergehend erklärte der Kanzler zu der viel aufgeworfenen Frage, wie die einzelnen Minister zum Parlament und zur Weimarer Verfassung stehen, die Minister hätten alle den Eid abgelegt und seien gewohnt, Eide zu halten. Das Vertrauen des Volkes zur Regierung und zum Parlament sei die einzige Stütze, die wir in dieser Zeit als Trost in der Arbeit hätten.

So Spiel und Tanz eine ausschlaggebende Rolle spielen, während auf der anderen Seite Tausende und Hunderttausende in bitterer Not verkommen, da sei nicht das richtige Vertrauen des einen zum anderen vorhanden.

Die Notlage der mittleren und unteren Schichten sei so groß, daß selbst, wenn die Regierung mit offenen Händen geben würde, dies doch nur einen Tropfen bedeuten würde. Der Reichskanzler appellierte deshalb an das ganze Volk zur Mithilfe. Eine weitere Forderung sei

Stärkung der Autorität.

Eine klavische Unterordnung werde nicht verlangt. Vertrauen und Glaube an diejenigen aber müsse gefordert werden, die mit aller Kraft mitarbeiten wollten, die Ordnung im Innern aufrecht zu erhalten. Der Körper des deutschen Volkes blute aus tausend Wunden. Eine Operation würde er nicht mehr überleben. Man müsse ihn pfleglich behandeln und die Wunden zu heilen versuchen. Man könne jetzt nicht, wie es vielleicht jugendlichem Alter entspreche, alles möglich machen. Wir müßten auf dem, was wir hätten, auf- und weiterbauen, auf der Grundlage unserer Verfassung, und müßten versuchen, den Volkstörper wieder gesund zu machen. Der Geist des Vertrauens müsse auch hinausbringen in die Welt, damit die Welt wieder Vertrauen zu uns haben könnte. Dieses fehlende Vertrauen sei der Grundstock allen Übels. Die Welt müsse wissen, daß wir, ein Volk in tiefer Not, bereit seien, eine erträgliche Lösung der Fragen zu finden, die uns außenpolitisch mit großer Sorge erfüllten. Man habe in französischen Kreisen gefunden, daß die Regierungsbekämpfung zur Reparationsfrage entzündlich und daß man den Willen vermisse, daß Deutschland leihen wolle, was es verpfändet sei. Das sei aber eine irrtümliche Annahme.

Der Grundgedanke, daß Deutschland nicht mehr als im Rahmen der Note vom 13. November leisten könne, könne niemand, der die deutsche Wirtschaft kennt, enttäuschen.

Eine weitergehende Erklärung würde von der deutschen Wirtschaft nicht getragen werden können und hätte dann berechtigter Enttäuschung hervorrufen müssen. Einem gläubiger könne nie mit der Vernichtung des Schuldners gedient sein, noch weniger, wenn dieser Schuldner Selbstmord verübe. Was den Willen anlangt, der von der Gegenseite bezweifelt werde, so könne er, ohne sich scheiden zu sein, für sich in Anspruch nehmen, daß ihm immer geglaubt werde, was er sage. Er sehe seit Jahren in der internationalen Arbeit, er habe eine Reihe von Verträgen und Abmachungen geschlossen, die dem Geiste und dem Worte nach unverletzt erfüllt worden seien.

Die Methode der offenen Verhandlung von Mann zu Mann, die er bisher geübt, werde er auch jetzt nicht preisgeben, wenn es zu Verhandlungen kommen sollte.

Auch Frankreich gegenüber werde er sich in keiner Weise anders benehmen, als irgendeinem anderen Staate in der Welt.

So immer die Möglichkeit zu Verhandlungen geboten werde, müsse sie wahrgenommen werden. Da ließen sich die Grenzen feststellen, innerhalb denen wir unsere Leistungen ausführen könnten. Durch Ultimaten und Einmischungen werde nichts erreicht. Die neue Regierung werde nicht die Hand in den Schoß legen und auf das Wohlwollen anderer warten. Er könne erst zehn Tage nach Übernahme der Geschäfte nicht mehr sagen; aber dies sage er mit allem Nachdruck. Ob allerdings der erwünschte Erfolg eintreten werde, hänge nicht von ihm allein ab. Es seien Gemeinliche zu überwinden, die riefen jeden Tag für Tag nach Aufbäumen. Was im Eiffelturm in Paris vor sich gehe, könne nicht wie wahrer Friede und wie Vertrauen zum Zusammenarbeiten der Völker. Die Antwort auf die letzte

Note werde von der Regierung im Einvernehmen mit der bairischen Regierung erteilt werden. Man werde lediglich Tatsachen feststellen. Wo Unrecht geschehen sei, tatsächliches Unrecht, müsse es gutgemacht werden. Was die Einmarschdrohung in das Rheinland, wo jeder Stein von deutschem Boden rede, und die besonderen Bedrückungen anlangt, die aus dem im Einse-Palast besprochen worden sind, so müsse erneut erklärt werden, daß das Rheinland fest zu Deutschland gehöre.

Auch gegenüber den Ereignissen der letzten Tage könne er nur wiederholen, was er schon gesagt habe, daß nicht zugelassen werden könne, daß die Rheinlande, d. h. die Rheinprovinz, die Pfalz und das Saargebiet, preisgegeben, ihre Befreiung gefährdet oder hinausgeschoben werde. (Brausende Zustimmung.) Darauf konnten sich die Deutschen im Rheinlande, die schon jahrelang schwere Leiden über sich ergehen ließen, fest verlassen. (Erneuter stürmischer Beifall.)

Wenn es aber gelingen sollte, die Schwierigkeiten und Demütigungen zu überwinden, dann sei der Zeitpunkt da, wo wir in der Welt wieder Vertrauen genießen würden. Bis dahin müßten wir alles tun, um dieses Vertrauen zu gewinnen. Er appelliere an die Welt, daß sie Deutschland die Mithilfe leisten möge, daß es aus dem letzten Wirrwarr und aus dem letzten sprunghaftesten Steigen der Welt zurückkomme, indem die Welt handhelfer werde. Auf die Not der Gestorbenen einsehend, erklärte der Reichskanzler, er könne sich wohl ein verarmtes Deutschland denken, ein materiell verarmtes Deutschland, aber nicht ein leidendes verarmtes. Die Welt könne ein armes Deutschland sehen, aber kein Deutschland, das weniger geistig und deutsch sei, als das Deutschland der Vorkriegszeit.

Reichskanzler Cuno ließ seine Rede ausklingen in die Worte:

„Eine wichtige Sorge, die uns hier alle umfaßt, möchte ich noch ansprechen: Das Weltbild zum deutschen Lande, das unter aller Vaterland ist, das niedergedrückt, beherrscht und befehlt, aus tausend Wunden blutet, zum deutschen Volk, das vier Jahre, nachdem die Waffen ruhen, das schwerste Schicksal eines Volkes ertragen muß, das allerhöchste, die Ungerechtigkeit, auch heute noch auf seinen Schultern lasten läßt: Teil dem Lande und Volk! Teil unserer gemeinsamen Arbeit!“ (Stürmischer, sich immer wiederholender Beifall.)

Bayern und die Zwischenfälle in Passau und Ingolstadt.

München, 2. Dez. In den Zwischenfällen in Passau und Ingolstadt wird amlich u. a. folgendes gemeldet: Es wurde festgestellt, daß der Polizeibehörden der feineren Schulden beizumessen ist; schon deswegen nicht, weil sie über das Eintreffen der verbandstaatlichen Kommission nicht orientiert waren und daher rechtzeitig polizeiliche Maßnahmen nicht treffen konnten. Die Städte Passau und Ingolstadt richteten an die bayerische Kontrollkommission wegen der Vorkommnisse besondere Entschuldigungsschreiben. Darüber hinaus war es der Regierung auf Grund der Sachlage jedoch nicht möglich, die von der internationalen Militärkontrollkommission noch weiterhin verlangten Strafmaßnahmen (Versehung der verantwortlichen Polizeibehörden) vorzunehmen. Das Verhalten der Bevölkerung, ihre zunehmende Entrüstung über die dauernde demütigende Kontrolle ist für jeden national empfindenden Deutschen verständlich; dennoch verlangt das Gebot der Stunde kluge Zurückhaltung und Beherrschung der inneren Gemüter. Es muß den verbandstaatlichen auch der Schein eines Rechtes genommen werden, und immer wieder drückende und gänzlich unbedingte Opfer aufzuerlegen.

Reichsinnenminister Dezer über die Zwischenfälle.

München, 2. Dez. In einer öffentlichen Versammlung kam heute hier der Reichsminister des Innern Dezer auf die Entente-Note wegen der Vorgänge in Elettin, Passau und Ingolstadt zu sprechen. Er verwies darauf, welcher Erfolg es für eine auf die dauernde Schwächung des Reiches gerichtete Politik wäre, wenn es der Entente gelang, durch solche Zwischenfälle einen tiefen Gegensatz zwischen den Ländern und dem Reiche hervorzurufen. Er mahnte zur Besonnenheit. Ganz falsch wäre es, in dieser schweren Stunde sich nun etwa gegen Bayern mit Angriffen zu wenden. Sollte der Versuch unternommen werden, zur Schwächung Deutschlands einen Vorstoß mit dem anderen zu verbinden, so fordere unser politisches Interesse, mit allen Kräften einen Erfolg solcher Verhebungen zu verhindern. (M. T. B.)

Bessen gegen die französische Raublust.

München, 2. Dez. Das heftige Gesamtministerium hat sich in seiner heutigen Sitzung über diesen Tagen von Wechseltandtschaft des Landtages gefassten Protestresolution gegen die imperialistische Eroberung der französischen Regierung gegenüber dem Rheinland dringlich ausgedrückt. Die heftige Staatsregierung ist im Sinne dieses Beschlusses mit der Reichsregierung in Verbindung getreten. (M. T. B.)

Was Frankreich alles nicht rechnet!

Deutschlands Leistungen und Leistungsfähigkeit. Zu der Erwiderung der Agence Havas vom 27. November auf die Nichtigkeitstellung des Wolffschen Telegraphen-Bureaus vom 18. November berichtet das M. T. B. von ausländischer Seite eine Erklärung, in der es u. a. heißt: In der Nichtigkeitstellung war nicht bestritten worden, daß die Zahl der Reichsbeamten nach dem Kriege gegenüber 1918 aus verschiedenen Gründen zugenommen hat. Worauf es ankommt, ist aber, daß in der Zwischenzeit eine starke Verringerung stattgefunden hat. So ist zum Beispiel allein bei der Reichsbahn die Zahl der Beamten und Angestellten von 1121745 im Jahre 1919 auf gegenwärtig 1021000 zurückgegangen, und sie wird nach dem Haushaltsentwurf für 1923 auf 872015 herabgesetzt werden. Die Vermehrung der preussischen Beamten, die von der Havasnote auf rund 80275 beziffert wurde, beruht zum entscheidenden Teil auf den 61574 Angehörigen der Schutzpolizei, die vor dem Kriege hier nicht eingerechnet waren.

Die Annahme der Havas-Meldung, daß nach den Klosterverzählungen die erhöhten Bezüge der Beamten und Angestellten nicht aus laufenden Einnahmen gedeckt werden, ist unrichtig. Der große Unterschied, der bei der Bewertung der bisherigen deutschen Leistungen zwischen den Aufstellungen der Reparationskommission und den deutschen Aufstellungen besteht, war der deutschen Regierung bekannt. Dieser Unterschied ist zum Teil darauf zurückzuführen, daß Leistungen, die von Deutschland unerkennbar gemacht worden sind, überhaupt nicht auf Reparationskontos aufgeschrieben wurden; zum Teil darauf, daß die Reparationskommission mit der Gutschrift von Leistungen im Rückstande ist, obwohl sie nicht bestritt, daß die Gutschrift erfolgen muß; zum Teil darauf, daß sie ihren Gutschriften Werte berechnungen zugrunde gelegt hat, die viel zu niedrig sind und von Deutschland nicht als richtig anerkannt werden können. Die Reparationskommission hat auch in der Einleitung zu der offiziellen Broschüre, der Havas die Zahl von 6557567000 Goldmark entnimmt, angegeben, daß „ein großer Teil der Zahlen noch durchaus provisorisch sei, und daß die Reparationskommission selbst ihnen keinen anderen Wert als den einer einfachen Schätzung beilegt“. Demgegenüber liegen den deutschen Wertberechnungen genaue Bewertungsmethoden zugrunde. So beträgt z. B.

der Wert der abgelieferten Handarbeitsstoffe das Vielfache der von der Reparationskommission aufgeschriebenen 655 867 000 Goldmark.

Berner ist in der von der Reparationskommission genannten Zahl von 6,5 Milliarden Goldmark das in Auslands liquidierte deutsche Privateigentum noch vollständig unberücksichtigt. Der Wert dieses Privateigentums beträgt 11,7 Milliarden Goldmark, und zwar nach Abzug der aus dem deutschen Privateigentum selbst anstehenden Schulden.

Havas gibt selbst zu, daß der Wert dieses Eigentums der von der Reparationskommission angegebenen Zahl von 6,5 Milliarden Goldmark hinzuzurechnen werden muß. Im übrigen sind die bisherigen deutschen Zahlungen im Clearingverfahren von über 600 Millionen Goldmark, die nach Havas auch zu berücksichtigen sind, in den 41 Milliarden Goldmark noch nicht mitenthalten. Auch andere große Posten, wie das Reichs- und Staatsvermögen in den abgetrennten Gebieten, die abgetrennten Ansprüche an die ehemaligen Verbündeten Deutschlands, die Saargruben, die Reichsflotten, der Eisenbahnfahrzeugpark in den abgetrennten Gebieten usw. sind überhaupt nicht oder nur zum Teil aufgeführt worden.

Eine Polemik der Havas gegen Deutschland wäre nicht vollständig, wenn sie nicht auch bei dieser Gelegenheit wieder das

Märchen von der abschließlich herbeiführten Verarmung des Staates und von der Blüte der deutschen Wirtschaft erzählt würde. Beweissträger als deutsche Gegenbehauptungen gegen diese Anschuldigungen sind ausländische Autoritäten. Es ist bereits das letzte Mal die Herausgabe von Cheques angeführt worden, daß man „endlich mit Frankreich aufräumen müsse, und daß Deutschland kein blühendes Land sei; seine Blüte sei nichts als Illusion“. Im übrigen sind die in der vorigen Wolff-Meldung wiedergegebenen Zahlen über

die geringe Rentabilität der deutschen Industrie von Havas mildernd bewertet worden. Die Durchschnittsdividende für die an der Berliner Börse notierten Aktienwerte war dort nach dem Stande vom Ende August dieses Jahres mit 20,88 Prozent in Papiermark, die Durchschnittsdividende des in diesen Aktienwerten angelegten Kapitals mit 1,88 Prozent genannt worden. Diese 1,88 Prozent stellen also nicht die Dividende in Goldmark dar, sondern nur die Papiermarkverzinsung des Aktienkapitals, gemessen an dem derzeitigen Kurswert, während die 20,88 Prozent sich auf den Nennwert des Aktienkapitals beziehen. Die 20,88 Prozent in Papiermark entsprechen nach dem Stande der Wechselkurse Ende August d. J. einer Dividende von nur 5 Goldpfennig, d. h. auf 100 Mark eingezahltes Kapital wurden zu diesem Zeitpunkt nur 5 Goldpfennig Dividende erzielt. Bei der inzwischen weiter fortgeschrittenen Entwertung der Mark ergeben die entsprechenden Siffern für Ende Oktober d. J. nur noch eine Dividende von 21 Goldpfennig für 100 Mark Aktienkapital.